

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa
vom 28. September 2020
– Drucksache 16/8891**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Mitteilung zur Vorbereitung auf das Ende des Über-
gangszeitraums zwischen der Europäischen Union und
dem Vereinigten Königreich
COM(2020) 324 final**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 28. September 2020 – Drucksache 16/8891 – Kenntnis zu nehmen.

04. 11. 2020

Die Berichterstatterin:

Dorothea Wehinger

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa, Drucksache 16/8891, in seiner 38. Sitzung am 4. November 2020.

Vorsitzender Willi Stächele wies darauf hin, die Mitteilung Drucksache 16/8891 werde am 12. November 2020 in der 133. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg behandelt.

Abg. Barbara Saebel GRÜNE brachte vor, bis zum Ende der Übergangsfrist am 31. Dezember 2020 sollten vertragliche Vereinbarungen mit Großbritannien darüber abgeschlossen sein, wie es danach weitergehe. Mit dem britischen Binnenmarktgesetz, das wichtige Teile des 2019 beschlossenen EU-Austrittsabkommens aushebeln solle, was die EU-Kommission als Vertrauensbruch ansehe, gebe es derzeit einen neuen Streitpunkt. Die EU habe Großbritannien aufgefordert, sich bis

Ausgegeben: 09. 11. 2020

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeich-
net mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

Ende Oktober dazu zu äußern. Bisher sei nichts passiert. Es sei zu hoffen, dass sich die Streitpartner bis zum Ende des Jahres wieder aufeinander zubewegen, sodass der Konflikt bereinigt und ein Anschlussabkommen abgeschlossen werden könne.

Ansonsten werde es nach der Übergangsphase zu Zöllen, Handelshemmnissen und einer überbordenden Bürokratie kommen. Das würde letztlich den Waren- und Personenaustausch mit dem Vereinigten Königreich nachhaltig behindern. Die Lieferketten seien in der jetzigen Coronapandemie schon sehr fragil. Hinzu kämen die Auswirkungen auf den Studierenden- und den Wissenschaftsaustausch. Ein weiteres Problem seien die Fischfangrechte.

Es sei insgesamt zu hoffen, dass bis zum Jahresende eine Lösung gefunden werde, damit weiterhin möglichst gute partnerschaftliche Beziehungen zu Großbritannien gepflegt werden könnten.

Abg. Isabell Huber CDU legte dar, es sei essenziell, dass hier in den nächsten Tagen eine Lösung herbeigeführt werde. Allerdings dürfe es sich nicht um eine Lösung um jeden Preis, worauf Großbritannien möglicherweise spekuliere, handeln. Noch bestehe die Hoffnung, dass es insbesondere mit Blick auf den Binnenmarkt zu einem guten Ergebnis komme. Denn Baden-Württemberg unterhalte zahlreiche Beziehungen mit Großbritannien. Daher brauche es nun eine Klärung. Auch dürfe keine enorme Bürokratie auf die Unternehmen zukommen.

Baden-Württemberg sei gut vorbereitet. Es habe alles getan, was in dieser Situation getan werden könne. Nichtsdestotrotz wäre es wichtig, dass es jetzt zu einer Einigung komme. Bekanntlich sterbe die Hoffnung aber zuletzt.

Abg. Peter Hofelich SPD merkte an, je nachdem, wie die Wahlen in den Vereinigten Staaten von Amerika ausgingen, fühle sich der Premierminister des Vereinigten Königreichs möglicherweise dazu ermutigt, die harte Lösung zu wählen.

Er bat um Auskunft, ob nach der Einschätzung des Ministeriums Baden-Württemberg auf den harten Brexit gut vorbereitet sei und was im Falle eines harten Brexits im Hinblick auf die Hauptaufgabenbereiche Wissenschaft und Wirtschaft getan werden müsste.

Er fuhr fort, laut Finanzministerin seien die im Nachtragshaushalt vom Staatsministerium für eine neu zu errichtende Repräsentanz Baden-Württembergs in Großbritannien vorgesehenen 30 000 € dadurch gedeckt, dass dafür etwas an anderer Stelle gestrichen werde. Ihn interessiere, wo diese Mittel gestrichen würden. Da die bisherigen Repräsentanzen Baden-Württembergs wie beispielsweise die in Addis Abeba, Delhi oder Nanjing alle außerhalb Europas lägen, interessiere ihn, ob die Repräsentanz in London dadurch begründet werde, dass Großbritannien dann auch außerhalb Europas gesehen werde. Im Grunde gehe es ihm um die Frage, ob es wirklich eine sinnhafte Begründung für eine Auslandsrepräsentanz in Großbritannien gebe, zumal dort bereits eine Botschaft und Konsulate unterhalten würden.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP verwies auf einen Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“, wonach durch den Brexit etwa 180 000 Arbeitsplätze in Deutschland in Gefahr seien. Davon sei Baden-Württemberg als bedeutender Automobilstandort ganz besonders betroffen.

Er fragte, ob auf ein eingeschränktes Freihandelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich hingewirkt werde, wenn bis zum 31. Dezember 2020 keine Einigung zustande komme.

Überdies interessiere ihn, wie die Brexit-Beratung des Landes laufe, wie viele Fälle es gegeben habe und ob sich überraschend Probleme ergeben hätten.

Abg. Emil Sänze AfD zeigte auf, die Situation zwischen der EU und Großbritannien sei derzeit sehr angespannt. Nach seiner Beobachtung stünden sich hier fast unversöhnliche Parteien gegenüber. Das Vorgehen sei nicht immer von Pragmatismus geleitet. Vielmehr gehe es bisweilen nur darum, sich durchsetzen zu wollen.

Baden-Württemberg habe im Jahr 2019 Waren im Wert von ca. 10,5 Milliarden € ins Vereinigte Königreich exportiert und Waren im Wert von ca. 4,3 Milliarden € importiert. Das ergebe einen Handelsüberschuss von 6,2 Milliarden €. Das betreffe nahezu 20 000 Arbeitsplätze in Baden-Württemberg.

Daher interessiere auch ihn, ob die Landesregierung darüber nachdenke, einen alternativen Weg über bilaterale Verträge zu ermöglichen. Denn eine Allokation dieser Absätze werde kurzfristig vermutlich nicht gelingen. Durch Zollschranken werde es wahrscheinlich zu wesentlichen Einbrüchen – indirekt auch bei den Steuereinnahmen von Baden-Württemberg – kommen.

Minister Guido Wolf führte aus, es werde die Einschätzung geteilt, dass im Moment im Zuge der Brexit-Verhandlungen die Devisen gelte, bis zum letztmöglichen Zeitpunkt nichts unversucht zu lassen.

Die Situation sei schon etwas verfahreniger gewesen, als sie es im Moment sei. Denn es habe mit Erleichterung zur Kenntnis genommen werden können, dass das britische Oberhaus am 20. Oktober 2020 das umstrittene Binnenmarktgesetz mit großer Mehrheit abgelehnt habe. Wäre es zustande gekommen, dann wäre das gleichsam eine unverdauliche Kröte für die weiteren Verhandlungen gewesen.

Im Übrigen habe sich vor Kurzem der Vorsitzende des EU-Ausschusses des Oberhauses zu einem Gespräch an ihn gewandt. Sie beide hätten in dem Prozess sicherlich nichts Wesentliches bewegt. Es sei aber spürbar gewesen, dass auch jenseits der Position, die der britische Premierminister vertrete, aus Großbritannien heraus Kontakte geknüpft würden, um das Schlimmste zu verhindern. Die Ablehnung des Binnenmarktgesetzes sei ein wesentlicher Gesichtspunkt im Sinne von Rechtstreue, die in der EU Voraussetzung für ein Abkommen gewesen sei.

Welche Maßnahmen in der Kommission für den Fall eines No-Deal-Szenarios getroffen würden, scheine – aus taktischen Gründen – gleichsam eine geheime Kommandosache zu sein. Die Kommission lehne es zum jetzigen Zeitpunkt ab, Vorbereitungen für Notfallmaßnahmen zu treffen. Es würden vor allem Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Konnektivität für den Luft-, Schienen- und Güterverkehr erforderlich. Diese Themen würden selbstverständlich aufbereitet, damit die EU am 1. Januar 2021 gegebenenfalls nicht blank dastehe. Aus taktischen Gründen werde das aber bis zur Stunde nicht thematisiert.

Bei der Repräsentanz in Großbritannien – seines Wissens habe auch Bayern einen ähnlichen Vorstoß unternommen – handle es sich seines Erachtens um die politische Absicht, diese Option für den Fall eines unregelmäßigen Brexits offenzuhalten. Vermutlich wisse im Moment niemand genau, was diese Repräsentanz allumfassend leisten können solle. Es gebe aber das Bedürfnis Baden-Württembergs, für den Fall, dass alles im Chaos zu ersticken drohe, sich in Großbritannien über diese Repräsentanz Zugänge zu verschaffen und Ansprechpartner zu bleiben. Da ein politisches Signal zu setzen sei der Landesregierung wichtig. Zum jetzigen Zeitpunkt halte er das für richtig und notwendig. In welcher Form und auf welcher Zeitschiene das dann tatsächlich umgesetzt werden solle, sei noch völlig offen.

Hinsichtlich der Frage, wie die Unternehmen auf den Brexit vorbereitet würden, könne er nur die ihm vom Wirtschaftsministerium zugeleitete Information weiterreichen. So sei am 21. Oktober 2020 eine erste Informationsveranstaltung des Steinbeis-Europa-Zentrums und der IHK Stuttgart zusammen mit britischen Kollegen u. a. zu Zöllen und Entsendungsfragen durchgeführt worden. Am 8. Dezember 2020 sei eine weitere Veranstaltung geplant. Darüber hinaus fänden ständig Webseminare und Abendtalks statt. Die Gespräche liefen; die Verbindungen seien hergestellt; die Mittel, die Baden-Württemberg zur Vorbereitung der Wirtschaft auf den Brexit zur Verfügung stünden, würden genutzt.

Seit Mitte Oktober werde trotz der Drohung des britischen Premierministers, die Verhandlungen abzubrechen, noch einmal in eine intensive Phase gegangen. Derzeit liefen fast täglich Verhandlungen zwischen den Chefunterhändlern. Es finde Textarbeit auf der Grundlage der Vertragstexte von EU und Vereinigtem Königreich statt. Nach seinem Eindruck würden die Verhandlungen sehr ernsthaft geführt.

Auch gebe es Fortschritte in einzelnen Bereichen wie z. B. bei den Dienstleistungen, der Energie, dem Verkehr, dem Warenaustausch und der inneren Sicherheit. In Sachen gleiche Wettbewerbsbedingungen sei aber nach wie vor noch vieles – auch die angesprochenen Fischereirechte – streitig.

Die beiden Verhandlungsführer führten in Brüssel ihre Face-to-Face-Gespräche – und das in Coronazeiten – bis Mitte der Woche fort. Hier gebe es einen beherzten Abstimmungsprozess. Alle Beteiligten hofften bis zur letzten Stunde auf eine entsprechende Einigung. Jedenfalls wolle sich niemand den Vorwurf gefallen lassen, nicht alles versucht zu haben.

Ohne Widerspruch empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung 16/8891 Kenntnis zu nehmen.

06. 11. 2020

Wehinger